

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

23.10.1875 (No. 249)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 23. Oktober.

Nr. 249.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 Mark 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1875.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate November und Dezember werden bei der Expedition und den betreffenden H. H. Agenten sowie bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

Ämtlicher Theil.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 12. d. Mts. Folgendes Allergnädigst zu bestimmen geruht:

Vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110 werden die Portepesfähriche von der Groeben, v. Olszewski zu Secondelieutenants befördert.

Vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 werden die Portepesfähriche Hagen, Pachnio, Fritz, Bloch und Schulte zu Secondelieutenants und vom 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111 wird der Unteroffizier Nebel zum Portepesfähriche befördert.

Dem Secondelieutenant Nober wird der Abschied bewilligt. Vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113 wird der Portepesfähriche Krause zum Secondelieutenant befördert.

Vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 werden die Portepesfähriche Strauß und Weiß zu Secondelieutenants befördert.

Vom Kurmärkischen Dragoner-Regiment Nr. 14 scheidet der Secondelieutenant Prinz zu Schöndach-Carolath aus und tritt zu den Reserve-Offizieren des Regiments über.

Vom 1. Bataillon (Freiburg) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113 wird der Vicefeldwebel Söhler zum Secondelieutenant der Reserve des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113 befördert.

Vom 2. Bataillon (Stodach) 6. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 114 wird dem Secondelieutenant Febr. v. Bodmann-Bodmann II. von der Reserve des 2. Badischen Dragoner-Regiments Markgraf Maximilian Nr. 21 der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

Der unter dem gesetzlichen Vorbehalt ausgeschiedene Secondelieutenant v. Nuville zu Berlin, zuletzt im Magdeburgischen Artillerie-Regiment Nr. 7, wird auf seinen Antrag in die Reserve der Reserve, und zwar als jüngster Secondelieutenant im 2. Badischen Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian Nr. 21 wieder angestellt.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 12. d. Mts. Allergnädigst geruht, dem Major Cardinal von Widdern vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 ein Patent seiner Charge zu verleihen.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Telegramme.

† Stuttgart, 20. Okt. Laut einer dem „Merkur“ zugegangenen Nachricht sind in Hohenzollern 120 Liberale und 111 ultramontane Wahlmänner gewählt worden. Bei der letzten Wahl für den Landtag waren es 88 Liberale und 135 Ultramontane.

† Mailand, 21. Okt. Se. Majestät der Kaiser Wilhelm machte heute in Begleitung der Generale Ciadini und

Valegno und mehrerer anderer hoher Militärs eine Ausfahrt und besichtigte später den Dom, das Hospital und die Galerie Victor Emanuel. Später nahm Se. Majestät das Rathhaus und verschiedene andere Gebäude der Stadt in Augenschein. Die Bürgerschaften mehrerer italienischer Städte haben dem Kaiser Huldigungsadressen überreicht. — Wie die „Perseveranza“ erfährt, würde sich der General-Feldmarschall Graf Moltke nach der Abreise Se. Majestät des Kaisers nach Rom begeben.

† Wien, 21. Okt. Wie die „Polit. Korresp.“ aus authentischer Quelle vernimmt, hat der Kaiser die vom Frhr. v. Wenzheim nachgesuchte Enthebung vom Ministerpräsidentium genehmigt. Er eruannte den Minister des Innern, Koloman Tisza, zum Ministerpräsidenten. Derselbe legte heute Vormittag den Eid ab. Das Blatt bestätigt ferner, daß die Minister sämtlich auf ihren Posten bleiben werden. Frhr. v. Wenzheim bleibt Minister am Hoflager. Koloman Tisza behält das Portefeuille als Minister des Innern. Das Amtsblatt veröffentlicht morgen ein darauf bezügliches Handschreiben des Kaisers. Derselben Korrespondenz zufolge findet die Finanzmaßregel der türkischen Regierung nicht bloß auf die Finanzen, sondern auch auf die Treffer der türkischen Loose Anwendung.

† Wien, 21. Okt. Die Konferenz der Eisenbahn-Direktoren, welche am 16. November stattfinden wird, darüber beraten, welche Maßnahmen Angesichts der Urtheile der preussischen Gerichte betreffs der Zinszahlung und Amortisierungsquoten in Gold oder Thalern zu treffen seien.

† Wien, 21. Okt. Die Börsenkammer beschloß, daß vom 22. Oktober ab die türkischen Loose ohne Zinsvergütung zu handeln seien. Dieselbe beschloß den Antrag an die Regierung, daß behufs der Ordnung des Börsenbudgets für die Notierung im amtlichen Kursblatt eine progressive jährliche Cotagegebühr bis 5000 fl. zu entrichten sei.

† Pest, 21. Okt. Ein kaiserl. Handschreiben gestattet, daß die Stadt Ofen den Charakter einer Festung verliere und die entbehrlichen Gräben und Gebäude sofort und ohne Entschädigung, die übrigen aber nach Maßgabe der Verhandlungen mit dem Kriegsminister dem ungarischen Finanzminister übergeben werden sollen. Die Befestigung des Blockberges wird hierdurch nicht berührt.

† Perpignan, 21. Okt. Der Karlistenoberst Pedrats, Kommandant von Ripoll, wurde auf französischem Gebiet todt aufgefunden. Man glaubt, daß er an Wunden gestorben ist, die er in Spanien erhalten habe.

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Okt. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und der Erbgroßherzog sind heute Vormittag 45 Minuten nach 10 Uhr, von Baden kommend, zu dauerndem Aufenthalt in der Residenzstadt eingetroffen.

* Berlin, 19. Okt. In der Sitzung der Reichs-Justizkommission vom 18. Oktober trat bei der Debatte über die Sitzungspolizei zunächst die Frage in den Vordergrund, ob sich dieselbe auch auf den Staatsanwalt und die beistehenden Richter, Geschworenen u. s. w. erstrecke. Der Entwurf enthält im § 143 den Satz: „Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob“, und

fügt sodann hinzu, daß jede bei der Verhandlung nicht amtlich beteiligte Person von dem Vorsitzenden zur Ordnung gerufen werden könne. Es lagen nun verschiedene Anträge vor, das Recht des Ordnungsrufs auch auf die amtlich beteiligten Personen, insbesondere den Staatsanwalt, auszu dehnen, und wurden damit begründet, daß es in der Natur der Sache liege, daß derjenige, welchem in einer mündlichen Verhandlung die Sitzungspolizei obliegt, solche auch nach allen Seiten hin zu handhaben habe, namentlich auch dem Staatsanwalt gegenüber, der hierbei nicht als Beamter, sondern als verhandelnde Partei in Betracht komme. Zu Gunsten des Entwurfs wurde dagegen geltend gemacht, eine coordinirte Behörde könne nicht unter die Disziplin einer andern coordinirten Behörde gestellt werden; dies würde nur zu Mißthelligkeiten und Standal führen. Schließlich fand ein Antrag des Abg. Dr. Lasker Annahme, den auf den Ordnungsruf bezüglichen Satz ganz zu streichen, da ein Ordnungsruf nur für parlamentarische Versammlungen passe und aus dem von der Aufrechterhaltung der Ordnung im Allgemeinen handelnden ersten Satz mit genügender Deutlichkeit hervorgehe, daß der Vorsitzende nach allen Richtungen hin, also auch dem Staatsanwalt gegenüber, die Sitzungspolizei zu handhaben habe. Die §§ 144 und 145 wurden hierauf mit der Modification genehmigt, daß die Befugniß des Gerichts, einen Widerpäntigen aus dem Sitzungszimmer zu entfernen und zur Haft abzuführen, desgleichen gegen eine Person, die sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig mache, eine Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft festzusetzen, sich nicht auf Rechtsanwälte und Verteidiger erstrecken solle, indem allseitig anerkannt wurde, daß dieselbe diesen Personen gegenüber nicht passend erscheine. Dagegen wurde ein Antrag, auch die Befugniß des Gerichts, gegen Rechtsanwälte und Verteidiger wegen Ungebühr eine Ordnungsstrafe bis zu 100 M. festzusetzen, zu heftigen, verworfen, weil man dafür hielt, daß eine derartige Befugniß unter Umständen zur Aufrechterhaltung der Autorität des Gerichts notwendig sei. — Zu den ersten, die eigentlichen Organisationsfragen betreffenden Titeln des Gerichtsverfassungsgesetzes liegt bereits eine Reihe tief einschneidender und umfassender Anträge vor, wie Anträge der Abgg. Becker und v. Schwarze wegen Einführung von Schöffengerichten für die Strafsachen mittlerer Ordnung, der Abgg. Dr. Bähr und Struchmann auf Einführung eines Abschnitts über das Richteramt, der Abgg. Becker und v. Puttkamer auf Einführung von Handelskammern bei den Landgerichten als Ersatz für die Handelsgerichte u. s. w. Außerdem hat der Abg. Dr. Lasker einen umfassenden Antrag bezüglich der Rechtsanwaltschaft vorbereitet.

Die Frau Prinzessin Friedrich Karl gedenkt nach der Abreise des Kaisers von Mailand sich von dort mit ihren Töchtern, den Prinzessinen Marie und Elisabeth, nach Rom zu begeben. — Wie die „Post“ mittheilt, hat dem Vernehmen nach der Evangelische Oberkirchenrath an die Konfessionen der sechs älteren Provinzen eine Zirkularverfügung erlassen, in welcher auf die einzelnen Anträge der Provinzialsynoden in der Trauungsangelegenheit als Antwort ein Generalbescheid ertheilt wird. Die Nachricht, daß der zwischen dem Präsidenten des Oberkirchenraths und dem Kultusminister vereinbarte Entwurf über die definitive Generalsynode bereits dem Kaiser vorliege, wird ihr von unter-

Kaspar Hauser und der Streit um seine badische Abstammung.

Von D. Mittelstädt.

(Fortsetzung.)

Kan denke man sich diese Frau mit ihren aufgeregten Erinnerungen an den Gef. Rath Welter, dessen Stärke kaltes Blut, nüchternes Denken und scharfe Auffassung eben auch nicht war, nach einem im „Bergungsort“ verplanterten Nachmittage mit einander im Gespräch über Kaspar Hauser und den Erbprinzen. Welter erfährt hier zum ersten Mal die ihm neue Thatsache, daß die Amme in den letzten Lebensstunden des Erbprinzen abwesend gewesen, daß sie den Erbprinzen weder im Sterben noch im Tode gesehen. Dieses Faktum für sich allein war natürlich für Welter's Hauser-Forschungen von unschätzbarem Werthe. Der einzige Identitätszeuge, von dem er wußte, der gegen Kaspar Hauser hätte ausfragen können, verlagte! Die übrigen Aufschmächtungen der Ammengeschichte machten sich dann im Laufe der Zeiten und Wiederholungen leicht von selbst. Der Eine verbesserte die Worte des Andern, erlaubte sich hier, erlaubte sich dort eine kleine stylische Verschönerung, vervollständigte in der Form einen von ihm in einem bestimmten Sinn aufgefaßten, vermeintlich aber unklar ausgeprochenen Gedanken, bis sich die Geschichte dann hübsch so abwandte, wie man sie eben braucht. Wie viel in solchen kleinen nachträglichen Interpretationen Frau Schindler, wie viel die H. H. Welter und Kolb zu verzeichnen haben, wage ich nicht zu bestimmen, ist auch gleichgiltig. Unbestreitbar ist, daß das Kind in der Nacht vom 15. auf den 16. erlitten ist, daß die Amme noch am Todestage des Erbprinzen einen

Gang in die Stadt gemacht, während der unbestimmten Zeit dieses Ausgangs das Befinden des sechsjährigen Kindes eine tödtliche Wendung genommen hat, und sein Tod selbst (war unter den Augen des Vaters, der beiden Leibärzte, der Frau Horst, des Oberstammerherrn v. Montperny, des Hofmarschalls v. Ganting, aber nicht der Frau Schindler) erfolgt ist. Gemüth dies den Anlässen für ihre moralische Beweisführung, so bleibe es ihnen unbenommen!

Und endlich die Abwesenheit der Mutter. Es ist behauptet, sagt Kolb, „daß die Mutter, die Großherzogin Stephanie, das sterbende Kind nicht sehen durfte. Obwohl diese Behauptung sehr glaubwürdig dargehalten war, so sehte doch bis jetzt ein allemäsigter Beweis. Ein solcher ist unabweislich geliefert.“ — durch das Protokoll über die Notthaus. „Die Mutter war es, der ein anderes Kind nicht leicht untergeschoben werden konnte. Wäre sie gegenwärtig gewesen, dann müßten die Zweifel verkommen!“ heißt es triumphiierend weiter. Sie ist nicht gegenwärtig gewesen — folglich hat man ihr ein anderes Kind untergeschoben, muß jeder einsehen, daß dieser Behauptung.

Zunächst betenne ich meinen vollständigen Unglauben in die Kolb'sche Behauptung: seine Zweifel wären verflummt, wenn der Notthaus-Akt die Mitbeweise der Großherzogin Stephanie konstatirte. Es

versetzt. Kolb erklärt positiv: „Diese Angabe ist irrig; erst am Spätnachmittage des 16. mußte die Entkrantung begonnen haben.“ Weshalb? woher weiß Kolb dies nach sechzig Jahren so genau? Weil man die Amme einen Gang zu ihrem Kinde hat machen lassen? Der weid der Akt der Notthaus durch die Hebamme, nachdem man zuvor nach dem Oberhospitprediger geschickt, erst nach 5 Uhr begonnen? Die Zeit spricht für tödtliche Entkrantung, nicht für Entkrantung überhaupt, was zweierlei ist. Kolb weiß daneben auch, daß man dem Erbprinzen 3-4 Stunden jede Nahrung verweigert hat, weil ja die Amme abwesend war, und andere Nahrungsmittel, als die Muttermilch der Frau Schindler überhaupt nicht denkbar ist. Nur haben die Unmenschen das von ihnen untergehobene fränke Kind auch noch durch Hunger zu Tode gequält!

wäre dem Herrn und seiner Methode auch dann nicht schwer geworden, auszuführen, wie diese Anwesenheit der Mutter gar nichts beweise. Eine fränke, durch eine schwere Entzündung körperlich und geistig entkräftete Wöchnerin, aufgeregt durch den drohenden Tod ihres Kindes, verwirrt durch das entsetzliche Ceremoniell der Notthaus, die wie zur Täuschung angelegte Stunde des Dämmerlichts oder gar des Kerzenscheins, wie will man da einer solchen Mutter zumuthen, daß sie die Jüge des Täuschlings auf seine Identität hin prüft — so oder ähnlich würde dann Hr. Kolb sich haben vernehmen lassen und vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Er brachte auch hier nur die Gesichtspunkte zu bemerken, die sein Vorgänger Selter in seiner oben gekennzeichneten Schrift für die leichte Täuschung Stephanies vorgezeichnet hat. Das, was Kolb und seinesgleichen ihre „Zweifel“ zu nennen belieben, hat längst aufgehört, diesen mit dem Streben nach Wahrheit zusammenhängenden guten Namen zu verdienen. Nicht Zweifel, sondern böswillige oder leichtfertige Verleumdungen nennt unsere deutsche Sprache derartige Reden.

Was heißt es ferner: das Protokoll über die Notthaus beweist allemäsig, daß die Großherzogin Stephanie ihr sterbendes Kind nicht sehen durfte? Kolb muß sehr sonderbare Vorstellungen vom Urkundenbeweise haben, und Allen eigenhümlich zu lesen verstehen, wenn er dies „nicht sehen dürfen“ im Protokoll entdeckt hat. Dasselbe enthält kein Wort von der Großherzogin Stephanie. Weder weshalb sie nicht anwesend gewesen, noch ob sie überhaupt von der Notthaus oder der tödtlichen Entkrantung ihres Kindes Kunde gehabt, noch weniger, daß ihr Jemand die Anwesenheit untersagt hätte, läßt sich aus dem Protokoll ahnen.

† Berlin, 21. Okt. Bei sehr niedriger Temperatur und sehr rauher Luft trat hier heute Vormittag leichter Schneefall ein, welcher mehrere Stunden danerte. Der Schnee hielt sich aber nur an wenigen Stellen.

richteter Seite als irrtümlich bezeichnet. Da jetzt erst die Motive zu dem Entwurf ausgearbeitet werden, wird die Vorlage desselben an Se. Majestät erst nach dessen Rückkehr aus Italien erfolgen. Mit den Vorbereitungen zur außerordentlichen Generalsynode wird nach eventueller Genehmigung des Entwurfs durch den Kaiser mindestens die erste Woche des November vergehen; bis zum eigentlichen Zusammentritt wird den Mitgliedern dann noch immer eine Frist von 14 Tagen zur Erledigung ihrer persönlichen oder geschäftlichen Angelegenheiten gelassen werden müssen. Für die Dauer der Verhandlungen der Generalsynode sind ungefähr drei bis vier Wochen in Aussicht genommen.

Berlin, 20. Okt. Den aus Mailand hier eingegangenen Mittheilungen zufolge ist das Befinden des Kaisers andauernd ein sehr günstiges. Die Anstrengungen der Reise und der Repräsentation haben in keiner Weise nachtheilig auf den Gesundheitszustand Höchstselben eingewirkt. Wie heute auch die halbamtliche „Provinzial-Korresp.“ meldet, wird Se. Majestät voraussichtlich am Montag den 25. d. Mts. aus Italien wieder in Berlin eintreffen, am 26. der hier stattfindenden feierlichen Enthüllung des „Stein-Denkmals“ beizuwohnen und am 27. die Eröffnung des deutschen Reichstages im Weißen Saale des königl. Schlosses vollziehen. Nach anderseitigen Mittheilungen gedenkt der Kaiser in Begleitung der königl. Prinzen am 28. d. Mts. Abends in Ohlau einzutreffen und an den beiden folgenden Tagen im dortigen Fürstenwalde Jagden abzuhalten. Mit dieser Reise nach Schlesien wird sich auch ein Besuch Sr. Majestät und der Prinzen bei dem Herzog von Sagan verbinden. — Der kais. deutsche Gesandte am königl. niederländischen Hofe, Frhr. v. Canig und Dallwig, ist am 15. d. Mts. wieder im Haag eingetroffen und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen. Die Entscheidung über die Wiederbesetzung der Gesandtenposten in Brüssel, sowie an den großh. mecklenburgischen Höfen und bei den Hansestädten erfolgt erst nach der Rückkehr des Kaisers aus Italien. In hiesigen politischen Kreisen bezeichnet man fortwährend den Grafen v. Brandenburg, deutschen Gesandten am königl. portugiesischen Hofe, als künftigen Vertreter des Deutschen Reiches am königl. belgischen Hofe. Zugleich wird der bisherige königl. preussische Gesandte am großh. sächsischen Hofe, Legationsrath v. Birch, mit großer Bestimmtheit als designirter Amtsnachfolger des Grafen Brandenburg in Lissabon genannt.

Berlin, 20. Okt. In seiner heutigen Sitzung beschloß der deutsche Landwirtschaftsrath zunächst, die von uns bereits erwähnten, von einzelnen Vereinen eingebrachten Anträge betreffend den Schutz der Weinproduzenten, Förderung der Biennenzucht, Aufhebung der Grundsteuer u. dem Ausschluß mit der Aufforderung zu überweisen, dieselben auf die Tagesordnung der nächstjährigen Versammlung zu stellen. Ferner wurden auf Antrag des Hrn. Prof. Richter (Charand) folgende Anträge angenommen: 1) Die Reichsregierung zu ersuchen, bevor mit der Steuererhöhung vorgegangen wird, zu untersuchen, ob die erhöhte Brausteuer zu dem Einfuhrzoll und den Uebergangsabgaben in Deutschland in einem solchen Verhältnis steht, daß die einheimische Fabrication nicht geschädigt wird; 2) Die Reichsregierung zu ersuchen, bei dem erneuten Abschluß des Handelsvertrages mit Italien darauf Bedacht zu nehmen, daß die Hindernisse, welche dem Export des deutschen Spiritus nach Italien noch entgegenstehen, hinweg geräumt werden. Auf der Tagesordnung steht die Untersuchung über das Hagelversicherungsweesen in Deutschland. Namens der in voriger Session gewählten Kommission referiren über diesen Gegenstand Prof. Richter (Charand) und Knauer (Gröbers). Die Anträge beider Referenten gehen etwa dahin, vorläufig von der Organisation einer allgemeinen deutschen Hagelversicherungs-Anstalt unter Aufsicht der landw. Vereine abzugehen, — zu weiterer Untersuchung über das Hagelversicherungsweesen und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen eine Kommission von fünf Mitgliedern zu ernennen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung auch dem entsprechend.

Berlin, 20. Okt. Bei der heutigen Verhandlung des Arnim'schen Prozesses waren außer einer Anzahl von Berichterstattern nur Arnim's Sohn, Graf Arnim-Schlagenthin, Arnim's Schwager, Graf Arnim-Boitzenburg, früher Legationssekretär in Lissabon, und ein Offizier und ein Beamter aus dem Reichskanzler-Amt anwesend. Die Entscheidungsgründe wurden nach Verlesung der Decisionsentz. verlesen; letztere lautet auf Zurückweisung. Die Kosten werden dem Imploranten zur Last gelegt. Der wesentliche Inhalt der Entscheidungsgründe ist folgender:

Die behauptete Verletzung der gesetzlichen Bestimmung in Art. 5 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 liege nicht vor. Der Angeklagte habe mit den Erklärungen, die er nach der Eingabe seines Verteidigers vom 24. Nov. vor. Jahres bei seiner Verhaftung in Massenheide am 4. Oktober und bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter am 5. Oktober vor. Jahres abgegeben zu haben behauptete, im Gegentheil den Erfordernissen des Artikels 5 des gedachten Gesetzes in keiner Weise genügt. Die Vernehmung des Angeklagten vom 4. Okt. habe sich nicht auf die Beschuldigung erstreckt. Und wenn man auch annehmen wolle, die Inkompetenzrede könne antizipirt werden, so genüge doch eine mündliche, nicht protokollierte Erklärung nicht, die für den zu arbitrierenden Beschluß des Gerichts nicht als die erforderliche Beschwerde gelten könne. In der Erklärung vom 5. Oktober lasse sich aber die Absicht der Inkompetenzrede in keiner Weise klar erkennen. Aber selbst dann, wenn der Angeklagte das Recht zur Erhebung der Inkompetenzrede nicht verloren gegangen wäre, würde das hiesige Stadtgericht demnach unter allen Umständen als kompetent zu betrachten sein. Der Angeklagte beging die strafbare That hier in Berlin, das hiesige Stadtgericht war mithin als das Forum delicti commissi anzusehen. Auch die Beschwerde des Angeklagten, daß vom vorigen Richter der Begriff der Urkunden irrig deklarirt worden sei, treffe nicht zu. Man könne dahingestellt sein lassen, ob die vom Kammergericht gefasene Definition des Urkundenbegriffs erschöpfend sei. Die Frage aber, ob der Appellationsrichter die Grenzen des Urkundenbegriffs zu weit ausgedehnt, müsse entschieden verneint werden. Nach den Feststellungen des Appellationsrichters

seien diejenigen Schriftstücke, auf Grund deren die Verurtheilung erfolgte, als dienliche Korrespondenz durch ihr Kennbares erkennbar gewesen und ihrem Inhalt nach als Urkunden zu erachten, da sie für die deutsche Politik in der bevorstehenden Wahlwahl als beweiskräftig angesehen werden mußten, um so mehr, als der Angeklagte die Originale mit sich nahm. Dessen müßte sich der Angeklagte vollkommen klar bewußt sein. Der Appellationsrichter habe sich nicht in einem Rechtsirrtum befunden bei der Ausführung, daß nicht jede dienliche Korrespondenz als Urkunde anzusehen sei, daß der Richter vielmehr in jedem einzelnen Fall die Frage für sich zu prüfen habe. Eben so unzutreffend seien die gegen die Anwendbarkeit von Art. 340 des Strafgesetzbuchs vorgebrachten Einwendungen. Der Angeklagte sei zur Zeit wo er die strafbare Handlung beging, noch Beamter gewesen. Seine Jurisdispositionsstellung sei erst im Dezember 1874 erfolgt. Auch seien die Urkunden im recht eigentlichen Sinne ihm amtlich, nicht per persona anvertraute und zugängliche gewesen. Und endlich sei auch die dem Begriff der Vereinfachung von Angeklagten gegebene Deutung hinfällig. Aus allen diesen Gründen habe, wie gesehen, erkannt werden müssen.

Berlin, 21. Okt. (Allg. Ztg.) Der Bundesrath hat heute, mit Rücksicht auf die im Etat von 1876 zu erwartende Unterbilanz von 15 Millionen Mark, beschloßen: die Gesetzentwürfe über Besteuerung der Schlachtkörper und wegen Erhöhung der Brausteuer dem Reichstag vorzulegen. Der Gesetzentwurf über die gegenseitigen Hilfsklassen wurde nach den Ausschlußanträgen genehmigt.

Berlin, 21. Okt. Nach Mittheilungen aus Mailand wird der Kaiser am Samstag den 23. d. M. von dort abreisen und am Montag den 25. hier in Berlin eintreffen. Die Nachrichten über das Befinden Sr. Majestät lauten andauernd sehr günstig. — Wie aus Barzin gemeldet wird, zeigt sich neuerdings in dem Befinden des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck einige Besserung. Doch bleibt es noch immer sehr unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler zu der am 27. d. M. stattfindenden Eröffnung des deutschen Reichstags nach Berlin kommen werde. Von ärztlicher Seite sind demselben angelegentlich sorgsame Schonungsrücksichten empfohlen worden. Da nun Fürst Bismarck keine Neigung zeigt, wegen einer ihm angethanen Luftveränderung seinen Aufenthalt in Barzin abzukürzen, so dürfte sein Eintreffen in der Hauptstadt erst nach Ablauf mehrerer Wochen zu erwarten stehen.

Aus Kurfürstentum, 20. Okt. Am vergangenen Sonntag beabsichtigte der abgeleitete Pfarrer Wilmar aus Mesungen in dem renitenten Dorfe Dreihäusen zu predigen, wurde jedoch polizeilich verhindert. Der Versuch desselben, eine „Ansprache“ an die Versammelten zu halten, wurde nicht gestattet, und so mußte denn der „Papa der Renitentten“ unter einem wirkungslosen Protest den Ort wieder verlassen. — In Fulda ist heute die Schließung des Klosters und der Kirche am Frauenberg durch den staatlichen Kommissar vollzogen worden. In der Diözese wurden wiederum zwei Pfarrer ihres Amtes als total-Schulinspektoren entbunden.

Trier, 20. Okt. In hiesiger Diözese wird an zwölf Pfarrer der Staatsgehalt ausgezahlt, weil sie der Regierung eine genügende Erklärung abgegeben haben.

Strasburg, 21. Okt. Eine ungenannte Anzahl hiesiger Familienväter hat sich in einer Eingabe an das gegenwärtig hier tagende Oberkonsistorium der Kirche Augsburger Konfession gewendet, damit dasselbe in Sachen des „protestantischen Gymnasiums“ dahier höheren Ortes Schritte thue. Nach Ansicht der Petenten steht diese im 16. Jahrhundert gegründete Anstalt in Gefahr, durch deren allmähliche Umgestaltung aus einer französischen in eine deutsche Anstalt ihren ursprünglichen (b. h. doch ursprünglich deutschen) Charakter zu verlieren. Unter den erhobenen Klagen steht die gegen die jetzige „allgemeine Unterrichtsmethode“ obenan, ohne daß dieses Bedenken in der Bittschrift näher begründet wäre. Ein anderer Tadel betrifft die Einrichtung, derzufolge der früher in französischer Sprache gelehrte Mathematikunterricht jetzt in deutscher Sprache erteilt wird; dann die Berufung deutscher Lehrer, die Verwandelung des in Frankreich üblichen vollen Frei-Tags für die Schüler (Donnerstag) in zwei halbe Frei-Tage nach deutscher Schulweise; die Einführung deutscher Lehrbücher u. s. w. Nach dem Vorgehänge der Bittsteller würde das „protestantische Gymnasium“ im Sinne seines Stifter's, des berühmten deutschen Gelehrten und Schulmannes Joh. Sturm († 1589), seinem ursprünglichen Charakter am besten entsprechen, wenn es weder eine französische noch eine deutsche, sondern eine rein „elässische“ Schule wäre. Die pädagogische Unhaltbarkeit dieses Standpunktes wird keines Nachweises bedürfen. Es ist abzuwarten, ob und in welcher Weise das Oberkonsistorium auf die Anträge der Petenten eingehen wird, deren Sprache jedoch als eine sehr gemäßigtere zu rühmen ist.

Rek, 21. Okt. Der Mosellanal, der zunächst auf der Strecke Nancy-Metz in Angriff genommen war, ist, wenigstens auf deutschem Gebiet, schon seit längerer Zeit fertig gestellt. Die Eröffnung hat jedoch seither vergebens auf sich warten lassen. Der Grund davon liegt darin, daß sich die Herstellung eines direkten Kanaltelegraphen, der hauptsächlich die oft plötzlich eintretenden Hochfluthen der Mosel anzuzeigen hat, als unumgänglich notwendig erwies und deshalb längere Verhandlungen mit der französischen Regierung angeknüpft werden mußten. Dieselben sind nun so weit gediehen, daß die Fällung des Kanals in nächster Zeit erfolgen kann. Hoffentlich läßt auch die wirkliche Betriebsöffnung desselben nicht mehr lange auf sich warten. — Die Prämiën, welche bei der im September 1876 in hiesiger Stadt abzuhaltenden landwirtschaftlichen Ausstellung zur Vertheilung kommen werden, sind kürzlich endgiltig festgestellt worden. Die Gesamtsumme der ausgesetzten Preise, die sich auf Vieh, Produkte, Maschinen, Instrumente und landwirtschaftliche Arbeiten erstrecken, beläuft sich auf 42,390 Fr. Auch für die übrigen Kosten der Ausstellung sind bereits die erforderlichen Mittel beschafft.

München, 21. Okt. (Allg. Ztg.) Zur Geschichte der letzten Tage erfahren wir nachträglich, daß, nachdem das Entlassungsgesuch der Minister und die Bitte des Kammerdirektoriums um Gewährung einer Audienz zur Ueberreichung der Adresse nach dem Linderhof gelangt war, Se. Majestät die allerhöchste Entscheidung sofort traf, dieselbe dem Kabinetsekretär mittheilte und diesen beauftragte, die Verhandlung der Sache am 19. d. zum Vortrag nach dem Linderhof beschied. — Wegen des Vorgehens des Hrn. Bischofs von Würzburg gegen Hrn. Domkapitular John, weil dieser bei den Landtags-Wahlen in liberalem Sinne wählte, hat der Gemäßregelte bekanntlich Beschwerde an das Staatsministerium erhoben; wie wir nun vernehmen, ist die Bescheidung auf diese Beschwerde so weit festgestellt, daß sie in kürzester Zeit erlassen werden kann. — Die allerhöchste Entscheidung Seiner Majestät, durch welche dem Gesamtministerium das königliche Vertrauen bekräftigt wird, ist in Plakatform in 8600 Exemplaren vervielfältigt worden und wird gemäß dem königlichen Willen in allen Städten Bayerns zur Verbreitung gelangen.

Aus dem Großherzogthum Hessen, 21. Okt. Der „Verein zur Unterstützung der katholischen Reformbewegung“ in Mainz, von dessen Existenz man wohl schon seit längerer Zeit wußte, dessen Wirksamkeit aber seither eine geheime war, tritt jetzt zum ersten Male mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in welchem die Bewohner und insbesondere die katholischen Gesinnungsgenossen von Stadt und Land ermahnt werden, durch Anschluß an den Verein „einen kräftigen Mittelpunkt schaffen zu helfen, von welchem aus mit dem nöthigen Nachdruck die Rechte und Interessen desjenigen Theiles der katholischen Bevölkerung vertreten werden sollen, welcher mit Rom und seinen neuesten Bestrebungen sich unmöglich einig fählt.“ Unterzeichnet ist der Aufruf von Dr. Deim und Dr. A. Struwe. — Der vielgenannte neukatholische Pfarrer Stumpf in Offenbach hat neulich wieder die Unverfrorenheit gehabt, einem braven katholischen Handwerksmann bloß deshalb die Begleitung zur letzten Ruhestätte zu verweigern, weil sich dieser vor etwa einem Jahr in Frankfurt leblich hatte civiliter trauen lassen, und eine Civilehe von seinem Standpunkte aus einer „wilden Ehe“ gleich zu achten sei. Der protestantische Dekan Bonhard besorgte dann den Liebesdienst.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Okt. Die Pforte dürfte über die Stellung, welche Oesterreich gegenüber ihren neuesten Finanzmaßregeln einnimmt, vollständig beruhigt und wahrheitslieblicher Weise auch schon von anderer Seite in derselben Weise verständigt sein, verständig aber auch dahin, daß Oesterreich seinen Beruf und noch weniger die Pflicht habe, sich in die Auseinandersetzungen eines dritten Staates mit seinen Gläubigern einzumischen oder sie zu kontrolliren, daß es jedoch im eigenen Interesse der Pforte und ihres Kredit's liegen dürfte, so schonend und rückwärtslos als möglich vorzugehen und für das, was sie zu leisten sich im Stande fühle, gleichzeitig diejenigen Garantien zu bieten, die die Umstände irgend als zulässig erscheinen lassen könnten. Nebenbei soll darauf hingedeutet sein, daß speziell die Frage der „Türkenloose“ einer besonderen Regelung bedürfen und daß die konstante Regelung gerade dieser Frage uns besonders werthvoll erscheinen möchte.

Serbien.

Aus Belgrad schreibt man der „Pol. Korr.“: Die sürklichen Vermählungsfeierlichkeiten haben anscheinend die Politik in den Hintergrund gedrängt. In Wirklichkeit geht es aber hinter den Coulissen äußerst lebhaft her. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die fremde Diplomatie sich sehr lebhaft mit der Frage beschäftigt, wie der Status quo ante in Serbien wiederherzustellen sei. Noch immer sind 22,000 Mann serbischer Truppen und Wäzgen an der bosnischen Grenze aufgestellt. Die gegenwärtige serbische Regierung, welche doch ihren aufrichtigen Friedensabsichten ihre Existenz verbandt, nimmt noch immer Anstand, durch Ueberführung der an der Grenze entfalteten Militärmasse und durch ihre Entlassung den sehnlichst erwünschten normalen Stand der Dinge, wie er vor Ausbruch der Insurrektion in der Herzegowina war, herbeizuführen. Die Pforte macht nicht nur keine Miene, ihr Observationskorps bei Nisch zurückzuziehen, sondern verstärkt im Gegentheil dasselbe beinahe täglich durch sehr beträchtliche Nachschübe. Jetzt ist die dort konzentrirte türkische Truppenmacht gut um ein Drittel stärker, als die aufgebotenen serbischen Streitkräfte. Serbien glaubt unter solchen Verhältnissen nicht ohne großes Risiko den Anfang mit der Zurückziehung seiner Truppen machen zu können. Andererseits befürchtet es, daß aus der Verlängerung der bezüglichen Situation leicht Verwicklungen hervorgehen könnten. Man vertritt nun auf die Dazwischenkunft der Großmächte, welchen es doch nicht schwer fallen könnte, die Pforte als den stärkeren und mehr gerüsteten Theil zu einem ersten Schritte zu vermögen, welcher der gegenseitigen militärischen Beobachtung und Bedrohung ein Ende machen würde. Schließen sich die Großmächte dieser Anschauung an und üben in ihrem Sinne den entsprechenden Einfluß auf die Pforte, so wird sich serbischer Seits Alles sofort glatt abwickeln. Man glaubt denn auch hier, daß die Diplomatie, die doch durch ihren konstanten Druck auf Serbien dem Frieden so große Dienste geleistet hat, nun auch billiger Weise die Pforte zu Konzessionen an das europäische Friedensinteresse zu bestimmen wissen werde.

Italien.

Mailand, 20. Okt. Von all den Festlichkeiten, deren Glanz und Geräusch die Stadt erfüllt, hat die große Revue über die italienischen Truppen das Interesse der Mailänder am meisten erregt. Man hat sich hier noch aus der österreichischen Zeit Blick und Verständnis für militärische Schau-spiele, für Haltung und Bewegung der Truppen bewahrt und war sehr gespannt, wie die Soldaten der jungen italienischen Armee vor den Augen des Kaisers bestehen würden.

Todesanzeige.
B. 877. Konstantz.
Heute früh 7 Uhr ist unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater u. Großvater **Eugen Fackon**, Groß-Hauptmannsverwalter, im 77. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager sanft im Herrn entschlafen, wovon wir Freunde und Bekannte benachrichtigen.
Die Beerdigung findet Freitag den 22. Abends 4 Uhr, das Opfer den 23. Morgens 9 Uhr, in der Augustinerkirche statt.
Konstantz, den 21. Okt. 1875.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Fackon,
Ferd. v. Bämble,
prakt. Arzt.

B. 870. 1. So eben ist bei uns erschienen:
Geschichte
neuerkündener evangeli-
schen Gemeinde
in der
Stadt Baden
vom Jahre 1832—1875.
Von
H. W. Hansen,
Stadtprediger in Baden.
Mit einem Bilde der Kirche nach ihrer
Vollendung.
Der Reinertrag ist für den evangelischen
Kirchenfond in Baden bestimmt.
Preis: 2 Mark.
Karlsruhe, Ende Oktober 1875.
G. Braun'sche Hofbuchhdlg.

B. 862. 2. Karlsruhe.
Hauslehrer.
Ein junger Mann aus der französischen
Schweiz, Philolog, wünscht in einer deut-
schen Universität unter billigen
Bedingungen eine Stelle als Hauslehrer
oder zur häuslichen Fortbildung der eine
Schule besuchenden Kinder zu übernehmen.
Ankunft vermittelt Legationsrath Gardel
in Karlsruhe.

B. 812. 3.
Ein in der **Weinbranche**
erfahrener Mann gelebter Alters
(verheiratet) der Baden und Württem-
berg regelmäßig beiseit hat, sucht Stellung
als **Reisender** in gleicher oder ähn-
licher Branche.
Off. Offerten sind unter Chiffre
F 2150 Q der Annoncen-Expedition
von **Hausmann & Vogler** in
Freiburg in Baden einzuliefern.

B. 875. 1. Wollach (Rinzgithol).
Apothekergelhilfe
gesucht. Ich suche zu sofortiger oder spä-
terer Eintritt einen Gehilfen unter den
günstigsten Bedingungen.
D. Vaur, Apotheker

B. 862. 1. Maxim. Sulz.
früher Eisenbahngehilfe, wird erlucht,
seine Adresse an E. D. Strassburg aufzu-
geben. Eine **Belohnung** Dem, der an-
gibt, wozu derlei mit A abgezo-gen.
Adr. an **Hausmann & Vogler**, **Stras-
burg** i. Eil. sub E. D. C S 32/X.

Fallsucht
(Epilepsie), Brust- und Magen-
krämpfe beseitigt brüchlich
durch die seit 1854 bewährte
anteloptische Essenz
J. Plaumann Wwe. Berlin S.W.
Postexpd. 19. Krausenstr. Postla-
gernd. B. 718. 2.

B. 868. 1. Baden-Baden.
Billard's
zwei gut erhaltene,
sind zu verkaufen
im „**Waisenhof**“ in Baden-Baden.

Bräuerei-Verkauf.
B. 867. Eine eingerichtete Bräuerei in
der mittlern Pfalz. Größe des K-fasses 700
Liter, mit Schiff und Schiller in wegen
Aufgabe des Geschäftes zu verkaufen.
Näheres bei der Expedition dieses Bl.

B. 659. 3. Heidelberg.
Wasserleitungen
für Gemeinden und Private werden richtig
und genau nach Vorschlag angeführt von
Civilingenieur Krämer
in Heidelberg.
Bei nothwendiger Einschätzung und
Maßbestimmung billige Berechnung. (71/X)

Bergisch-Märkische Eisenbahn
B. 791. 2. Es sollen die für das Jahr 1876 erforder-
lichen **Rauhölzer, Brennslöde und Hammerstiele**
im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.
Termin hierzu ist auf
Donnerstag den 4. November cr., Vormittags 10 Uhr,
in unserem maschinentechnischen Bureau hier anberaumt, bis zu welchem
Zeitpunkte Offerten frei und versiegelt mit der Aufschrift:
Submission auf Lieferung von Rauhölzern zc.
eingereicht sein müssen.
Später eingehende Offerten finden keine Berücksichtigung.
Bedingungen, welche der Lieferung zu Grunde gelegt werden, so-
wie specielle Holz-Nachweisung liegen auf dem vorgedachten Bureau,
ferner in den Werkstätten-Büreaus zu Witten, Crefeld, Langenberg,
Siegen, Arnsberg und Caspel zur Einsicht offen und können solche auch
gegen Erstattung der Druckkosten ad 75 Pf. von genannten Stellen
bezogen werden.
Elsfeld, den 10. Oktober 1875.
Königliche Eisenbahn-Direktion.

B. 878. 1. Rastatt.
Zu verkaufen.
Junge Bernhardschweine
schöner Race hat zu verkaufen
Bierbrauer Gang
in Rastatt.

B. 855. 2. Rastatt.
Zu verkaufen.
Im Gasthaus zum Anker
sind 4 große Weinässer von
je 18 Dm Gehalt zu verkaufen.
B. 871. 1. Rastatt.
**Aufträge zu Kar-
toffel-Einkäufen.**
Hier werden entgegengenommen. Große
gebilde Räumlichkeiten zur Verfügung.
Briele unter **No. 316** an Herrn **Kar-
dolf Mosse** (Gutha's Promme) in
Karlsruhe zu adressiren. (231/X)

B. 874. Obereggenen
**Strigerung-
Ankündigung.**
Die Erben der f. Georg Fr. Stulz
Wittve in Strigenen lassen der Theilung
wegen die in der Bemerkung Obereggenen
gelegenen Eigenschaften
Samstag den 6. November d. J.
Nachmittags 1 Uhr,
im Gerichtshaus hier öffentlich ver-
steigern, und zwar:
7 Viertel 6 Ruthen Acker in 6 Sten.
5 „ 41 „ Wiesen in 4 „
49 „ Reben in 2 „
Die Bedingungen werden vor der Stri-
gerung bekannt gemacht.
Obereggenen, den 20. Oktober 1875.
Das Bürgermeistertam.
Rastatt.
Konrad, Rathsch.

B. 867. 1. Nr. 1035.
Stadt Bühl.
**Jagd Ver-
pachtung.**
Die Stadtgemeinde
Bühl läßt am
Samstag den 30. Oktober d. J.
Vormittags 11 Uhr,
auf dem Rathhause, dahier die Ausübung
des Jagdrechts auf hiesiger Gemarkung
von etwa 130 Morgen Land und
1800
Bald
auf weitere 6 Jahre in Pacht öffentlich ver-
steigern.
Bühl, den 21. Oktober 1875.
Bürgermeistertam.
Küstert.
Fraas.

B. 851. 2. Amtsgericht Heidelberg. Ge-
meinde Speckbach.
**Versteigerungs-
Ankündigung.**
Auf Antrag
der Beteiligten
und mit
überwom-
mendachtli-
cher Geneh-
migung wer-
den die zur Verlassenschaft des f. Müllers
und Knechtliche-Verstorbener Johann Georg
Barth von hier gehörigen Eigenschaften,
als:
Eine zweifelhafte Mahlmühle mit
fog. Louiscum Werk, zwei Mahlgän-
gen, einen Schälstein und einer
Schwingmühle, nebst Wohnungsein-
richtung, (eine besonders feine
Schener mit Stahl, besonders feine
Schneidmühle mit Ueberbau, Hofraum
und 524 Ruthen hoch- und Baum-
garten vor der Mühle, gelegen in der
Au, neben selb. und Auhöber, sammt
den um und in der Nähe der Mühle
in mehreren Parzellen gelegenen Ei-
genständen, als: 4 Morgen 1 Viertel
57 2 Ruthen Ackerfeld und 89 Ruthen
Wiesen auf hiesiger und 3 Morgen
1 Viertel 50 7 Ruthen Wiesen auf
Reideweiher Gemarkung, Gesamt-
schätzungspreis: . . . 10,300 fl.
am
Montag den 8. November d. J.,
Nachmittags 2 1/2 Uhr,
in der Wohnung des Erblassers der Unterteil-
barkeit wegen einer nachmaligen Versteige-
rung ausgesetzt und endgiltig angefallen,
auch wenn das höchste Gebot den Schät-
zungsspreis nicht erreichen sollte.
Speckbach, den 18. Oktober 1875.
Das Bürgermeistertam.
Ebingert.
v. Flachs.

B. 438. Nr. 26, 412. Bierheim.
Bürgerliche Rechtspflege.
In Sachen
des Steinbleichers Georg Lett-
hammer in Bierheim, Kl.,
gegen
Zimmerwaler J. Kaupp von
da, d. B. kläglich, Welt,
Forderung betr.,
wurde heute Klage dahin erhoben, daß Be-
klagter, der bei dem Kläger vom 3. Dezem-
ber v. J. an gegen einen jährlichen Mietzins
von 330 fl. in Miete gewohnt hat,
und sich am 10. April, ohne die Miete zu
kündigen, von hier entfernt habe, ihm den
Mietzins für die Zeit vom 3. Dezem-
ber bis 10. Mai mit 228 fl. 69 Pf. schulde,
und ist das Begehren der Klage auf Zah-
lung dieser Summe gerichtet.
Zur Verhandlung über diese Klage wird
Samstag den 30. Oktober,
Vorm. 11 Uhr,
anberaumt, wozu beide Theile zum Beweise
ihrer Behauptungen vorbereitet und mit den
ihnen zu Gebot stehenden Umständen ver-
sehen, und zwar der Beklagte bei Vermeidung
des Rechtsnachtheils, daß der thatsächliche
Zustand der Klage für gegenseitig angenom-
men und er mit seinen Einreden ange-
schlossen würde, zu erscheinen haben.
Zugleich wird dem Beklagten aufgegeben,
bis zur Tagfahrt einen hier wohnenden Ge-
walthaber aufzusuchen, wozu alle weiteren
Verfügungen und Erkenntnisse mit der
gleichen Wirkung, wie wenn sie ihm eröffnet
würden, an diesseitige Gerichtsstelle angeschla-
gen werden.
Bierheim, den 16. Oktober 1875.
Stöß, bad. Amtsgericht.
J. B. S.
Erbenanmeldungen.

B. 371. 2. Nr. 35, 385. Mannheim.
Die Wittve des verstorbenen Gottschall
Abenheimer von hier, Ammona, geborne
Scheitel, hat um Einweisung in Besitz
und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes
gebeten.
Etwasige Einwendungen hiegegen sind
in innerhalb 6 Wochen
dahier vorzubringen.
Mannheim, den 12. Oktober 1875.
Groß, bad. Amtsgericht.
v. B. u. l.
Bed.

B. 411. 2. Nr. 35, 385. Mannheim.
Das Geschäft der Wittve des
Georg Bayer II. in Sand-
hofen, Maria Magd., geb.
Winkler, um Einweisung
in Besitz und Gewähr ihres
Ehemannes betr.
Maria Magdalena Bayer, geb. Win-
ler, von Sandhofen, Wittve des Georg
Bayer II. von da, hat um Einweisung in
Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres E-
hemannes gebeten.
Etwasige Einwendungen sind
in innerhalb 6 Wochen
dahier vorzubringen.
Mannheim, den 13. Oktober 1875.
Groß, bad. Amtsgericht.
v. B. u. l.
Erbenanmeldungen.

B. 857. 2. Gernsbach. Zu dem Nach-
lass der Schmied Anton Friedrich Eber-
hard, geborne Hassenroth, in Gerns-
bach, welche das einzige Kind des Webers
Sebastian Hassenroth und der Anna Maria
Dörner von Oberstrotz war, sind die
nächsten noch lebenden Verwandten väter-
licher Seite, also die Geschwister des Seba-
stian Hassenroth von Oberstrotz, dann
von den Verwandten mütterlicher Seite die
beiden Geschwister:
Joseph Dörner, geb. den 26. Juli
1797 und
Friedrich Dörner, geb. den 17. Juli
1806,
beide von Oberstrotz, kraft Gesetzes als
Erbirten gerufen.
Da die nächsten noch lebenden Verwand-
ten des väterlichen Stammes und der Auf-
enthalt der oben bezeichneten Verwandten
des mütterlichen Stammes dahier nicht be-
kannt sind, so werden dieselben zur Ver-
meidung der Erbverfallung und zu den Erbtheilungs-
verhandlungen mit dem Ansuchen hiermit
öffentlich vorgeladen, daß wenn sie
in innerhalb drei Monaten
nicht erscheinen, die Erbtheilung ledig-
lich zugewiesen werden wird, wozu sie zu-
samme, wenn sie, die vorgeladenen, zur Zeit des

Erbfalls nicht mehr am Leben gewesen
wären.
Gernsbach, den 17. August 1875.
Der Groß-Notar
Wieseler.

B. 293. 2. Kappelrodt. Joseph
Schneider von Oberstrotz, welcher an-
fangs der 1850er Jahre nach Amerika aus-
wanderte, dahier sich mit einer Engländerin
oder Irlanderin verheiratet haben und mit
Hinterlassung eines Kindes gestorben sein
soll, ist zur Erbschaft seines am 6. Januar
1875 verlebten Vaters Anton Schneider
von Oberstrotz berufen. Er hielt sich nach
dem letzten schon längst gekommenen Briefe
in Cincinnati im State Ohio auf und wird
nun derelict, beziehungsweise dessen Rechts-
nachfolger zur Vermögensaufnahme und zu
den Erbtheilungsverhandlungen mit der
Ansuchen öffentlich vorgeladen, daß wenn sie
in innerhalb 3 Monaten
nicht erscheinen, die Erbschaft denen zu-
gewiesen werden wird, wozu sie zu-
samme, wenn sie zur Zeit des Erbfalls nicht
mehr am Leben gewesen wären.
Kappelrodt, den 8. Oktober 1875.
Fiedmann, Notar.

Erbrechtspflege.
Urtelverurtheilungen.
B. 425. Nr. 21, 849. Buchs.
J. U. E.
Philip Hübner von Ober-
heim,
wegen unerlaubter Auswan-
derung,
Wird auf die gegenseitige Hauptverhand-
lung zu Recht erkannt:
Referent Philipp Hübner von
Oberheim wird für schuldig erkannt,
den ihm bis 18. Juli 1873 bewillig-
ten jährlichen Urlaub überschritten und
bis jetzt weder zurückgekehrt, noch
um Verlängerung des Urlaubs oder
Auswanderungsverlaubniß nachgesucht
zu haben, und deshalb zu einer
Geldstrafe von sechs Mark
und zur Tragung der Kosten ver-
urtheilt.
B. R. W.
Dies wird dem Kläglichsten auf diesem
Wege öffentlich bekannt gemacht.
Buchs, den 15. Oktober 1875.
Groß, bad. Amtsgericht.
Dr. Schmitt.

Berm. Bekanntmachungen.
B. 867. 1. Etten-
heim.
**Bierbrauerei-
Verkauf.**
In Folge richtiger Verfügung werden am
Donnerstag den 4. Novbr. 1875,
Vormittags 11 Uhr,
die zur Gantmasse des Bierbrauers Laver
Schoderer in Herbolzheim gehörigen,
unten beschriebenen Eigenschaften im Ver-
kauf zu Herbolzheim öffentlich versteigert,
wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Pro-
zentsatz oder mehr geboten wird.
Der vom Zuschlag an zu 5 Proz.
verzinsliche Kaufschilling ist zu einem An-
satz von 1000 fl. und der Rest in 3 gleichmä-
ßigen Raten 1876, 1877 und 1878 zu bezahlen.
Beschreibung der Eigenschaften:
1.
Ein Wohnhaus mit De-
nomie- und Bierbrauerei-
gebäude, 10 Rr 17 Meter Hof-
raum und dem dahinter ge-
legenen Garten, Haus Nr. 145,
oben in der Stadt an der
Hauptstraße gelegen, vorn
die Hauptstraße, hinten die
Baumstraße, laudob Sebastian
Friedr. landau Theodor Witz
und die Sommerwirtschaft
sammt Wirtschaftsgebäude u.
den dazu gehörigen Anlagen,
Kegelbahn und Felsenkeller,
84 Ruthen Hofraum und 14
Ruthen Garten, neben Ger-
mann Huser und Anton
Schmittens Wittve mit 197
Ruthen Acker und 13 Ruthen
Rain oberhalb dem Felsen-
keller, neben Theodor Witz u.
Germann Huser, tag. . . 17 148 M.
12 Rr 61 Meter Wiesen im
kleinen Wehrle oder 189 Ru-
then neben der Eisenbahn und
Anstößer, tag. . . 514 M.
zusammen 17,657 M.
2.

Unmittelbar nach Beendigung der Ver-
steigerung der Eigenschaften und nach erfolgtem
Zuschlag werden Johann in den Ver-
steigerungs- und Keller-räumlichkeiten selbst die
zum Ausschank und zur Brauerei gehörigen
nicht als liegenschaftliche Angelegenheiten zu be-
trachtenden Fahrnisse, welche zu 3429 M.
veranschlagt sind, gegen Barzahlung ver-
steigert. Die Kaufschillinge werden mit dem
Bemerken zur Tagfahrt eingeladen, daß
das Fahrnisinventar im Rathhause zu Her-
bolzheim zur Einsicht offen liegt und der
Massepfleger, Waisenrichter Carl Fiedler
in Herbolzheim, zu jeder weiteren
Ankunftsbetheiligung bereit ist.
Ettenheim, den 19. September 1875.
Der Vollstreckungsbeamte:
Ernst Laubert, Notar.

B. 825. 3. Nr. 6029. Karlsruhe.
**Groß. Bad. Staats
Eisenbahnen.**
**Bergung von Bauar-
beiten.**
Die verschiedenen Bauarbeiten zur Her-
stellung eines Wohnhauses für 2 Wohnwär-
ter bei der Station Röhrlingertor hier
werden höherer Anordnung gemäß an einen
Unternehmer in Auftrag gegeben.
Die einzelnen Arbeiten sind veranschlagt
wie folgt:
1. Grabarbeit . . . 295 M. 10 Pf.
2. Maurerarbeit . . . 6644 „ 95
3. Steinhauerarbeit . . . 1583 „ 34
4. Zimmerarbeit . . . 3488 „ 37
5. Schreinerarbeit . . . 960 „ 37
6. Glaserarbeit . . . 215 „ 40
7. Schlosserarbeit . . . 761 „ 56
8. Klempnerarbeit . . . 420 „ 22
9. Schieferarbeiten . . . 23 „ 40
10. Anstreicherarbeit . . . 519 „
zusammen zu . . . 14912 M. 25 Pf.
Zur Uebernahme dieser Arbeiten instrui-
rende Meister werden hiermit eingeladen,
von dem auf meinem Geschäftszimmer au-
liegenden Veranschlagte, sowie von den be-
züglichen Zeichnungen und Uebernahme-
bedingungen Einsicht zu nehmen und ihre
fallsigen Angebote vorzulegen, versiegelt und
mit entsprechender Aufschrift versehen, so-
wie bis zum
B. R. W. S.,
Vormittags 10 Uhr,
einzuliefern.
Karlsruhe, den 16. Oktober 1875.
Der Groß-Bezirks-Bauingenieur
für den Bezirk Karlsruhe.
Mögli.

B. 708. 3. Karlsruhe.
**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**
**Lieferung von verschiede-
nen Materialien für das
Jahr 1876.**
Mit höherer Ermächtigung werden die
Lieferung verschiedener Materialien im
Submissionswege vergeben, nämlich:
Brennmaterialien,
Bürsten, Besen und dergl. Waaren.
Lebendmaterialien,
Bosamentwaaren.
Lieferungsbedingungen werden angehängt,
ihre Offerten schriftlich, versiegelt und mit
entsprechender Aufschrift versehen, bis
Montag den 25. Oktober l. J.,
Vormittags 10 Uhr,
bei uns einzuliefern, wo auch die Liefer-
ungsbedingungen, sowie genaue Verzeich-
nisse der zu liefernden Gegenstände auf
parterre angehängt abzugeben sind.
Für sämtliche zu liefernde Gegenstände
sind Muster bei unserem Hauptmagazin hier
zur Einsicht aufgelegt.
Karlsruhe, den 8. Oktober 1875.
Groß. Hauptverwaltung der Eisenbahn-
magazine.
Debriant.

B. 800. 2. Nr. 826. Waldkirch (Holt-
versteigerung). Aus Domänenver-
kaufen versteigert wir losweise und mit
halbjähriger unversinklicher Borgfrist
Freitag den 29. d. M.,
Vormittags 11 Uhr
in der Wirtschaft auf dem Rot-
tinskalpellenhof
aus den in der Nähe gelegenen Abtheilungen:
1 tannenen Sägthum, 559 Ster Buchenholz,
178 Ster tannenes Scheitholz, 250 Ster
Buchenholz und 52 Ster tannenes Fichtenholz
jeweils in zwei Klassen, sammt 5 Loose unan-
berichtetes Reichholz.
Samstag den 30. d. M.,
Vormittags 11 Uhr
im Gasthaus zum Stern in Ober-
simonswald
aus Distrikt Probstwald:
1 tannenen Sägthum sowie 6 Ster
Buchenholz und tannenes Scheit- und Fichten-
holz.
Nähere Auskunft ertheilen: für die Ver-
steigerung des Marinuskapell Waldkirch
Hinterer dahier, für den Probstwald Wald-
kirch Schulz in Güttenbach.
Waldkirch, den 15. Oktober 1875.
Groß. Bezirksvorsteher.
Krinia.

B. 808. 2. Jilena.
Offene Gehilfenstelle.
Die Stelle eines Rechnungsgelhilfen
soll durch einen im Rechnungswesen er-
fahrenen Kameralassistenten alsbald besetzt
werden.
Lufttragende wollen ihre Bewerbungen
unter Anfügung ihrer Zeugnisse längstens
innerhalb 14 Tagen bei uns einreichen.
Anfangsgehalt jährlich bar. — 900 M. —
nebst freier Station.
Gleichzeitig bitten wir bei, daß bei ent-
sprechenden Leistungen baldige Erhöhung dieses
Gehaltes, sowie in der Folge die Anstellung
als Buchhalter eintreten kann.
Jilena, den 15. Oktober 1875.
Direktion
der Groß. bad. Staats- und Pflege-Anstalt.
Koller, Hactert.

B. 843. 2. Nr. 1591. Baden. Die
diesseitige Gehilfenstelle, mit einem Gehalt
von 1028 M. 57 Pf., soll gleich oder läng-
stens in einem Vierteljahr wieder besetzt
werden.
Bewerber aus der Zahl der Ranggehilfen,
oder auch andere junge Leute, welche
sich zur Uebernahme der Stelle beifähig
glauben, wollen ihre Gesuche unter Ver-
fügung von Zeugnissen alsbald abgeben
lassen.
Baden, den 18. Oktober 1875.
Groß. vereinigter Städtungsverwaltung.
Fesold.
(Mit einer Beilage.)